



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

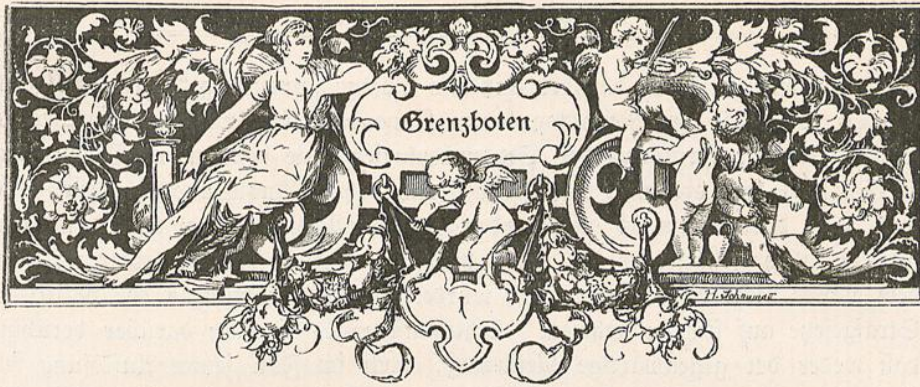
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Zeitbetrachtungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Politische Zeitbetrachtungen



Wenn die Publizistik ihre Hauptaufgabe, auf die Stimmung der Nation einzuwirken, erfüllen will, so muß sie sich vorher notwendig über die augenblickliche Beschaffenheit dieser Stimmung klar geworden sein. Die hauptsächlichste Erkenntnisquelle, die Tagespresse der verschiedenen politischen Parteirichtungen, ist aber mit Vorsicht zu benutzen, da auch sie „Stimmung machen“ will und als wirksamstes Mittel hierzu bewußt oder unbewußt den Kunstgriff gebraucht, die erst noch zu erregende Stimmung bereits für vorhanden, ja für herrschend zu erklären. Es ist deshalb nötig, bei ihr zwischen den Zeilen zu lesen und auch auf das zu achten, was sie verschweigt oder nur beiläufig erwähnt, worüber sie besonders klagt oder wogegen sie besonders ankämpft. Das so gewonnene Ergebnis läßt sich dann im Gespräch mit politisch Gleich- und mit Andersgesinnten nachprüfen. Die Hauptsache bleibt aber, die Tagesereignisse möglichst objektiv auf sich wirken zu lassen. Wer sich dabei von Voreingenommenheit wirklich frei und zugleich in lebendiger Verbindung weiß mit den unsichtbaren und geheimnisvollen Kräften, die das Gemüt seines Volkes lenken, dem mag es gelingen, auch die Grundstimmung oder die Durchschnittsempfindung der *virii boni* im Volke, oder mit andern Worten die öffentliche Meinung im guten Sinne zu erkennen.

Wir erheben nicht den Anspruch, diese Gabe der Intuition zu haben, und sind jedenfalls überrascht von dem verhältnismäßig ruhigen Verlaufe, den die Beratungen des unlängst eröffneten Reichstags genommen haben. Die Zurückhaltung, die gegenüber den Angriffen der Linken sowohl von der Regierung wie von den augenscheinlich in gedrückter Stimmung befindlichen Konservativen geübt wurde, giebt hierfür keine genügende Erklärung. Auch nicht, daß der Minister, der ganz besonders zur Vernichtung der Sozialdemokratie berufen schien, unmittelbar vor Eröffnung der Session plötzlich nach Walhalla

abberufen wurde. Denn darüber, daß sein System „unentwegt“ werde fortgesetzt werden, wurde ja der Reichstag keinen Augenblick im Zweifel gelassen. Uns scheint, daß der Grundsatz des Septemberkurses, die bestehenden Gesetze zwar rückwärtslos und bis an die äußerste Grenze ihrer Auslegungsfähigkeit, aber doch nicht darüber hinaus anzuwenden, von der Nation immer noch wenigstens für erträglich gehalten wird. Man hatte ein Gefühl der Erleichterung, daß dem Lande nicht wieder zugemutet wurde, neue Verschärfungen der politischen Strafgesetze auf sich zu nehmen. Schlimmstenfalls ist man darüber beruhigt, daß weder der gegenwärtige Reichstag, noch im Fall seiner Auflösung sein Nachfolger hierzu jemals seine Zustimmung geben wird, und ohne diese Zustimmung können nun einmal verfassungsmäßig Reichsgesetze nicht zustande kommen.

Wenn die parlamentarische Opposition gegen die Art der Anwendung der bestehenden Gesetze durch die Gerichte ankämpft, so fehlt ihr der rechte Resonanzboden, solange es sich nicht um augenfällige und schreiende Gesetzesverletzungen handelt. Wir haben unsern schweren Bedenken gegen die neueste Richtung der Strafrechtsprechung Ausdruck gegeben und werden fortfahren, gegen ihre Irrtümer anzukämpfen. Immerhin sind es nur Irrtümer, nicht Rechtsbeugungen gewesen. Die Verurteilungen waren über Gerechte und Ungerechte, sogar über Staatsanwälte herniedergegangen, es war auch eine Anzahl freimütig und männlich begründeter Freisprechungen zu verzeichnen, und noch hat gerade in den bedenklichsten Fällen der oberste deutsche Gerichtshof nicht gesprochen. So haben gewisse gerichtliche Verfolgungen zwar hingereicht, den Zorn über die Ungezogenheiten der Sozialdemokratie gegen teure Empfindungen der Nation auszulöschen, aber nicht hingereicht, diesen Zorn geradezu in Mitleid mit den Opfern der Justiz zu verwandeln.

Auch wer die übermäßig scharfe Anwendung der bestehenden Gesetze für einen politischen Mißgriff hält, kann der Regierung nicht gut einen Vorwurf daraus machen, wenn sich nun diese Anwendung gleichmäßig gegen alle politischen Parteien richtet. Dies wäre z. B. auf dem Gebiete des Vereinsrechts sogar dringend zu wünschen, da es kein besseres Mittel giebt, die Ungereimtheiten jener polizeistaatlichen Überbleibsel dem ganzen Volke recht deutlich vor Augen zu stellen. Geschieht es nicht, so wird die Sozialdemokratie die Rechtsungleichheit im Rechtsstaate wieder gehörig ins Licht zu rücken wissen und die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung dadurch bekämpfen, daß sie — strenge Aufrechterhaltung dieser Ordnung gegen jedermann fordert. Das ist ja gerade die ungeheure Verblendung der sogenannten Staatserkhaltenden, daß sie nicht sehen, wie alle Maßregeln ihnen früher oder später selbst zum Verderben ausschlagen müssen, die nicht vor dem natürlichen, gottlob noch immer lebendigen Rechtsgefühl des Volkes bestehen können. Soeben schickt sich der sächsische Landtag an, mit der Verschlechterung des Wahlrechts eine solche Ungerechtigkeit gegen die untern Klassen zu begehen, und für die Ent-

wicklung der Dinge im Reiche hängt alles davon ab, ob auch dort etwa ähnliche Maßregeln geplant werden. Niemand glaubt, daß das Ministerium Hohenlohe dafür zu haben sein werde, ein Grund mehr für die Opposition, dem würdigen alten Herrn an der Spitze der Reichsgeschäfte das Leben nicht zu sauer zu machen. Niemand will sich aber auch ausreden lassen, daß die Tage dieses Ministeriums gezählt seien, und es ist Sache des Temperaments, ob man diesen ewigen Unsicherheiten nur mit Unbehagen oder mit tiefem Mißtrauen gegenübersteht.

Wären freilich Pläne ernst zu nehmen, wie sie jüngst mit cynischer Offenheit ein Blatt entrollte, dessen Äußerungen öfter mit der Person des ersten deutschen Reichskanzlers in Verbindung gebracht werden, dann wäre nicht mehr bloß Mißtrauen, sondern laute Entrüstung am Platze. Der Gedanke, die deutschen Sozialdemokraten durch Ausnahmegesetze und rechtlose Willkür zur Verzweiflung und zum offenen Aufruhr zu treiben, um sie dann in einem großen Blutbad vernichten zu können, ist von so teuflischer Bosheit und zugleich so kläglich dumm, daß die Freunde des Fürsten Bismarck dringend wünschen müssen, er möge sich von einer unter seiner Flagge segelnden Ungeheuerlichkeit lossagen, die ihn mit einemmale des Ruhmes berauben würde, der beste Deutsche und der größte Staatsmann des Jahrhunderts gewesen zu sein. Amtlich hat ja Fürst Bismarck in Lehre und Wandel immer den Satz verfochten, daß man vor der Kriegserklärung den Feind ins Unrecht gesetzt haben müsse, und daß er die Verantwortung, loszuschlagen, nicht tragen möge, solange noch die Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung bestünde. Was den Franzosen oder Russen gegenüber recht war, sollte das nicht gegen die eignen Landsleute billig sein?

Wir leben des Glaubens, daß eine friedliche Auseinandersetzung der obern und der untern Klassen in Deutschland möglich ist, und daß sie zugleich die unerläßliche Voraussetzung dafür bildet, daß eine jugendkräftige, hochgebildete Nation von mehr als fünfzig Millionen, denen der heimatliche Boden schon längst zu enge geworden ist, im Wettbewerb um die Herrschaft der Erde ihre Zukunft behauptet. Zur Wiederherstellung des innern Friedens ist gar nichts weiter notwendig, als daß die in allen deutschen Verfassungen längst verbrieften Grundsätze der Gleichberechtigung jedes Staatsbürgers vor dem Gesetz und bei Ausübung der politischen Rechte von den höhern und den besitzenden Klassen endlich ohne Hintergedanken anerkannt werden. Wir leiden daran, daß diese Rechte vor einem halben Jahrhundert dem Volke doch nur widerwillig zugestanden worden sind, oder daß man, wie bei dem allgemeinen Wahlrecht, sich mit der Hoffnung geschmeichelt hat, die Massen stets in der Hand zu behalten. Diese Hoffnung hat — nicht ohne Schuld der Machthaber — getragen, und heute weiß man sich keinen andern Rat, als ihnen die verlienen Rechte wieder streitig zu machen. Auch für Deutschland scheint sich die geschichtliche Erfahrung aller großen Verfassungsstaaten zu wiederholen, daß die politischen Rechte, einmal errungen, erst in

zäher Abwehr verteidigt werden müssen, ehe sie als wirklicher, unentziehbarer Besitz der Nation gelten können. Die Engländer wären heute nicht schon zweihundert Jahre lang im ruhigen Genuße bürgerlicher Freiheit, wenn sie nicht im Laufe des siebzehnten Jahrhunderts gezwungen gewesen wären, die wiederholten Übergriffe eines verblendeten Herrscherhauses zurückzuweisen.

Wir dürfen in Deutschland zu der Loyalität der Krone volles Vertrauen haben. Aber Wunder nehmen darf es nicht, wenn wir die einst zurückgedrängten alten Gewalthaber und im Bunde mit ihnen die fatten Mächte des großkapitalistischen Bürgertums die gegenwärtige Erschlaffung des nationalen Gedankens benutzen sehen, um den verloren gegangnen Einfluß zurückzugewinnen oder die neugewonnene wirtschaftliche Übermacht zu befestigen. Das Schicksal Deutschlands hängt vielleicht davon ab, ob es jenen Mächten gelingen wird, auch die Krone in ihre Hände zu verflechten. Die Logik der Hamburger Nachrichten müßte zu dem Wunsche führen, daß sie dabei vor dem Äußersten nicht zurückschrecken möchten. Um so einmütiger und energischer würde der Widerstand, um so kürzer die Katastrophe, um so rascher und gründlicher die Genesung sein. Wir selbst vertrauen auf Deutschlands guten Stern, daß wir vor dem größten nationalen Unglück, dem Bürgerkrieg, bewahrt bleiben werden. Wir setzen dabei unsre Hoffnung auch darauf, daß im deutschen Bürgertum die Bewegung immer mehr erstarken werde, die man als die soziale zu bezeichnen sich gewöhnt hat. Sie fällt, wie heute sich die Dinge anschicken, immer mehr zusammen mit verfassungstreuer, mit konservativer, d. h. für Aufrechterhaltung des bestehenden öffentlichen Rechtszustandes eintretender Denkweise. Sie kam zuerst in größerem Umfange zur Erscheinung während der Beratung über die verstoffene Umsturzvorlage. Sie hat sich damals wegen ihrer Schwerfälligkeit von rechts wie von links viel verspotten lassen müssen. Aber gerade aus dem Beharrungsvermögen schöpft der Widerstand seine Kraft, und fast scheint es, als wenn nun auch noch das Element in die Geister hineingeworfen werden sollte, das, einmal erfaßt, die germanischen Nationen allezeit in die leidenschaftlichste Bewegung gebracht hat, wir meinen die religiöse Frage.

Wir geben von vornherein zu, daß der kürzlich veröffentlichte Erlaß des preussischen Oberkirchenrats, wenn man ihn Satz für Satz durchliest, manche Wahrheiten enthält, die von den evangelischen Geistlichen beherzigt zu werden verdienen, und wollen an einzelnen ansehbaren Wendungen hier nicht mäkeln. Schwerlich aber wird man sich, wenn man die Zeichen der Zeit bedenkt, des Eindrucks erwehren können, daß aus ihm nicht sowohl die Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen oder auch nur die Hierarchie, als vielmehr der Staat und die Bürokratie zur Kirche reden. Es ist der erste, wiewohl sehr vorsichtige und beinahe ängstliche Versuch, der Kirche vorzuschreiben, was sie in des Staates Interesse thun oder lassen soll. Wir fürchten, daß dabei der Staat nichts gewinnen, die evangelische Kirche aber schweren Schaden leiden wird. Man darf gespannt sein, wie sich die Geistlichen und die kirchlich ge-

sinnten Laien zu dieser und zu etwaigen schärfern Kundgebungen stellen werden. Namentlich wird viel auf die Haltung eines viel angefeindeten Mannes ankommen, dem, wie man auch sonst über ihn denken mag, der Ruhm gebührt, der Vater der sozialen Bewegung innerhalb des gebildeten Bürgertums zu sein. Wir können nicht glauben, daß Stöcker das Werk seines Lebens mit schnöder Fahnenflucht beschließen werde. Es ist kaum zu bezweifeln, daß den gegen die Geistlichen gerichteten Ermahnungen auch Maßregelungen gegen die Beamten, Lehrer und sonst dem Staate erreichbare Personen folgen werden, die man der sozialdemokratischen Gesinnung beschuldigt, weil sie den Arbeitern volle Koalitionsfreiheit, hohe Löhne, kurze Arbeitszeit und gesunde Wohnungen gönnen, weil sie in dem politischen Glaubensbekenntnis kein Hindernis bei Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte oder gar einen Überführungs- oder Straf- abmessungsgrund vor Gericht erblicken mögen, weil sie auch in den Deutschen der untern Klassen Deutsche von ihrem Fleisch und Blut erkennen. Erst wenn auch diese „Affiliirten“ der Sozialdemokratie denselben Verfolgungen ausgesetzt sein werden wie die wirklichen Sozialdemokraten, wird sich zeigen, wie tief die soziale Bewegung der gebildeten Klassen geht. Wir halten sie heute schon für zu stark, als daß ihre Widersacher sie zu dämpfen vermöchten.



Der Osten und der Westen des Reichs und der wirtschaftliche Ausgleich

Von Max Vosberg-Refow



er Figaro hat neulich einen seiner Redakteure, Herrn St. Cère, ausgesandt, um die Stimmung der Italiener gegen Frankreich zu erkunden. Der Berichterstatter hat seinen Landsleuten eine Menge bitterer Wahrheiten heimgebracht. So lautet der letzte Satz seines Berichts: Il n'y a pas des sympathies entre les peuples, il n'y a que des intérêts. Die königlich preußische Regierung aber sandte jüngst Herrn Wasserbauinspektor Sympher nach Schlesien; ich glaube, er hätte seinen Reisebericht mit demselben Satze schließen können: Die Schlesier haben keine Sympathien (nämlich für den Rhein=Weßer=Elbekanal), sie haben nur Interessen (nämlich die eignen). Die haben aber nicht nur die Schlesier, sondern die hat jedermann, und der Satz des Herrn St. Cère ist so richtig wie der des Herrn Sympher es wäre: zwischen Ost und West sind Interessengegensätze vorhanden, mit denen der Staatsmann wie der Volkswirt als mit gegebenen Größen rechnen muß.